

SWR2 Wissen

„Politischer Islam“ in Deutschland

Gefahr oder Panikmache?

Von Eric Beres und Joseph Röhmel

Sendung vom: Donnerstag, 26. August 2021, 8:30 Uhr

(Erstsendung: Mittwoch, 22. Juli 2020)

Redaktion: Gábor Paál

Regie: Autorenproduktion

Produktion: SWR 2020 / 2021

Ihr Ziel ist die Scharia. Doch wollen sie erklärtermaßen gewaltfrei dahin kommen. Wie geht der „legalistische Islamismus“ vor, den die Sicherheitsbehörden mit Sorge betrachten?

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIPT

„Also, das bewegt mich schon sehr das Thema. Und macht mir Angst.“

„In dem Moment wo der Islam vom Glauben weggeht, in die politische Entscheidung, da werden wir ein Problem bekommen.“

„Weil das ja so unter der Decke zum großen Teil ist, dass die meisten ja gar nicht so mitkriegen, was da im Hintergrund läuft.“

„Der Alltag wird teilweise wirklich geprägt schon von dem Problem damit.“

„Ich bin der Auffassung, dass in der Gesellschaft viel zu wenig über die Gefahren des politischen Islams gesprochen und diskutiert wird.“

Titel:

Politischer Islam in Deutschland - Gefahr oder Panikmache? Von Eric Beres und Joseph Röhmel.

Sprecher:

Bürgerinnen und Bürger, die in Sorge sind: Kurz vor Beginn der Corona-Krise haben sie sich in einem Saal der Friedrich-Naumann-Stiftung in Mainz eingefunden. Sie warten auf einen Vortrag der Frankfurter Ethnologin Susanne Schröter an diesem Abend.

Susanne Schröter warnt vor dem Einfluss eines politischen Islams in Deutschland. Ein "Stresstest für Deutschland" sei das, meint Schröter. So hat sie ihr aktuelles Buch überschrieben

O-Ton Prof. Susanne Schröter, Ethnologin, Universität Frankfurt:

„Ja, meine Damen und Herren, ich freue mich, dass so viele gekommen sind, um über ein Thema zu sprechen, das mir besonders am Herzen liegt....Ich rede heute über den Politischen Islam, nicht über den Islam.“

Sprecher:

„Politischer Islam"...Was genau ist damit gemeint? Wer vertritt diesen politischen Islam in Deutschland? Und: Was bedeutet das für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie?

Einige Monate nach ihrem Vortrag sind wir mit Susanne Schröter zum Interview verabredet.

Wir treffen die Professorin im Home-Office in Wiesbaden.

Susanne Schröter leitet an der Frankfurter Uni das „Forschungszentrum Globaler Islam“. Sie hat viele Jahre zu islamischen Frauenbewegungen geforscht und befasst sich intensiv mit der Rolle des politischen Islams.

O-Ton Prof. Susanne Schröter, Ethnologin, Universität Frankfurt:

„Das sind vor allem Akteure, die sich gern als lupenreine Demokraten verkaufen, die in vielfältige Kooperationen eingebunden sind, mit staatlichen Organen, auch mit der Politik, beispielsweise versuchen, einen islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen zu implementieren. Aber die letztendlich genau die gleiche Agenda haben wie die Salafisten, nämlich eine islamische Ordnung zu implementieren. Eine Ordnung, die abgeleitet wird aus einer fundamentalistischen Lesart des Korans und der prophetischen Überlieferungen und das gesamte gesellschaftliche Leben sozusagen unter diese Ordnungen zwingen möchte.“

Sprecher:

Muslimen, die eine auf den Regeln des Koran fußende Gesellschaft anstreben. Dieses Bild wurde in den vergangenen Jahren vor allem durch Salafisten geprägt. Mit ihren langen Bärten und Gebetsmützen missionierten sie in den Fußgängerzonen.

Später kamen die Propaganda-Bilder von Kalaschnikow tragenden, mit abgeschlagenen Menschenköpfen posierenden radikalen Muslimen hinzu, die zur Terrorgruppe IS reisten. Auch aus Deutschland.

IS-Propagandavideo:

„An meine lieben Geschwister in Deutschland, macht euch auf den Weg. Sitzt nicht mit den Schmutzigen.“

Sprecher:

Nach dem militärischen Niedergang des sogenannten „Islamischen Staats“ richten sich die Blicke von Experten nun verstärkt auf den "politischen Islam" und den sogenannten „legalistischen Islamismus“. Also Gruppierungen, die äußerlich unauffällig und ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, an ihren Zielen arbeiten. Ohne Bärte und Gewänder, ohne Kalaschnikows.

Auch beim Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen beobachtet man dieses Phänomen sehr genau. Deren Leiter, Burkhard Freier, kommt zu einer drastischen Einschätzung.

O-Ton Burkhard Freier, Leiter Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen:

„Wir gehen davon aus, dass dieser legalistische Islamismus langfristig für unsere Demokratie gefährlicher als Salafismus oder gewaltbereiter Extremismus ist. Erstens, weil er nicht offen auftritt und die Gesellschaft die Gefahren nicht sofort erkennen kann. Zweitens, weil diese legalistischen Islamisten versuchen, in die Gesellschaft einzusickern und Politik und Gesellschaft für sich zu vereinnahmen und zu beeinflussen. Sie wollen die Deutungshoheit über den Islam bekommen und als dessen Vertreter durch den Staat legitimiert werden. Gelänge ihnen das, würde dies zu einer Spaltung in der Gesellschaft führen und einer Polarisierung und Radikalisierung Vorschub leisten.“ Und drittens, es fehlt quasi die Stigmatisierung durch die Gesellschaft. Und dadurch kann er langfristig unsere Demokratie nicht nur tangieren, sondern auch schwer beschädigen.“

Sprecher:

In einem Gewerbegebiet im Norden Hamburgs hat eine Gemeinschaft ihren Sitz, die laut Verfassungsschutz zu diesem islamistischen Spektrum gehört.

„Hallo! Hier sind unsere Räumlichkeiten, wo wir auch Veranstaltungen durchführen...“

Cenk Göncü ist Sprecher der sogenannten Furkan Gemeinschaft – gegründet in den 90er Jahren in der Türkei von ihrem Anführer Alparslan Kuytul. In Deutschland hat die Gemeinschaft in den vergangenen Jahren in mehreren Städten Ableger gegründet. In Hamburg, Dortmund oder München zum Beispiel.

Im Frühjahr 2020 hat sich Cenk Göncü ganz bewusst für das Interview mit uns entschieden. Man müsse ganz offen der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber zu verstehen geben, welche Ziele man verfolge. Und die sagt er ganz offen:

O-Ton Cenk Göncü, Sprecher Furkan-Gemeinschaft:

„Und zwar möchten wir den Islam so praktizieren und so an die Öffentlichkeit herangehen, wie es der Prophet Mohammed gemacht hat. Wir möchten genau so sein. Wir möchten das Richtige und das Falsche gemäß des Koran darlegen. Uns schwebt die Zivilisation des Propheten vor.“

Sprecher:

Eine Zivilisation wie zu Zeiten Mohammeds. Nur dass die Furkan-Gemeinschaft dieses Ziel nicht mit Gewalt erreichen wolle. Eine pluralistische Demokratie schwebt ihr aber auch nicht vor. Denn einer säkularen Staatsform, wie sie in Deutschland weitgehend herrscht, kann ihr Sprecher wenig abgewinnen.

O-Ton Cenk Göncü, Sprecher Furkan-Gemeinschaft:

„Wir sagen, Islam und Säkularismus sind nicht miteinander kompatibel. Das sagen wir ganz offen und überzeugt. Also ein Islam, wo Allah Urteile offenbart hat, die das gesellschaftliche Leben formen bzw. auch beeinflussen, also dass die Regelungen des Koran und der Sunna auch in die Politik mit einfließen. Wenn das politischer Islam sein soll, dann sage ich dazu, dann ist das Wort 'politischer' eine unnötige Hinzufügung. Das ist genauso wenn man sagen würde: 'ein runder Ball'.“

Sprecher:

Eindeutige Aussagen. Ebenso verstörend für uns: Die Aussagen des Furkan-Sprechers zu vorzeitlichen Strafen, die im Koran verbrieft sind. Etwa das Handabhacken bei Diebstahl. Cenk Göncü fällt es erkennbar schwer, sich mit Blick auf die Gegenwart davon zu distanzieren.

O-Ton Cenk Göncü, Sprecher Furkan-Gemeinschaft:

„Im Islam ist das so, dass einige Gesetze wie zum Beispiel das Abschneiden der Hand hart ist, weil es bestimmte Gesetze gibt, die den Einzelnen schaden, um das Allgemeinwohl nicht zu gefährden.“

Sprecher:

Das Handabhacken vergleicht der Furkan-Sprecher in seinen Zielen mit Maßnahmen gegen das Corona-Virus.

O-Ton Cenk Göncü, Sprecher Furkan-Gemeinschaft:

„Jeder findet zum Beispiel bei Corona die Masken-Pflicht als tiefen Einschnitt in die Persönlichkeitsrechte, sagt man. Das stimmt in der Tat. Aber was macht man....wenn jeder... Also ich als Einzelner sollte nicht so egoistisch sein und im Supermarkt meine Maske nicht tragen, sondern das Allgemeinwohl steht hier im Vordergrund.“

Sprecher:

Mit Aussagen wie diesen befasst sich auch Professor Matthias Rohe. An der Universität Erlangen-Nürnberg lehrt der Islamwissenschaftler und Jurist islamisches Recht, gilt als einer der wenigen Experten in Deutschland auf diesem Gebiet. Für ihn sind die Positionen der Furkan-Gemeinschaft nicht nur unvereinbar mit einem säkularen Rechtsstaat, in dem es keine Staatsreligion geben kann. Positionen wie etwa zum Thema Handabhacken seien auch theologisch heute kaum noch vertretbar.

O-Ton Prof. Matthias Rohe, Islam- und Rechtswissenschaftler, Uni Erlangen-Nürnberg:

„Die meisten islamisch geprägten Länder haben, Gott sei Dank, muss man sagen, diese drakonischen Körperstrafen abgeschafft. Und das lässt sich durchaus auf der Basis von Scharia Argumentationen begründen. Wenn man nämlich das islamische Recht als eine dynamische Materie liest und es gibt eine Mainstream Meinung, die sagt: Das Recht ist abhängig von den Zeiten und von den Umständen der Lebensverhältnisse.“

Sprecher:

Doch Akteure wie die der Furkan-Gemeinschaft nähmen für sich in Anspruch, den einzig wahren Islam zu kennen.

O-Ton Prof. Matthias Rohe, Islam- und Rechtswissenschaftler, Uni Erlangen-Nürnberg:

„Sie meinen, sie wissen, was Gott will und alles andere nicht. Und das wollen sie dann auch durchziehen. Das ist nicht minder gefährlich. Wenn Dummheit und Machtansprüche sich paaren, dann wird es gefährlich.“

Sprecher:

Nach einer ersten Ausstrahlung der Aussagen der Furkan-Gemeinschaft kritisiert deren Sprecher die Zuordnung zum so genannten legalistischen Islamismus in einem Statement auf Youtube. Man leiste Überzeugungsarbeit - ohne Gewalt. Doch auch im jüngsten Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz wird die Furkan-Gemeinschaft eindeutig verortet. Der Gemeinschaft werden bundesweit 400 Anhänger zugerechnet.

Sie gilt als eher kleine Gruppe im Spektrum des politischen Islams oder des legalistischen Islamismus. Doch sie ist längst nicht die einzige.

Aus dem aktuellen Jahresbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz ergibt sich, dass diese Strömung mehr als 13.000 Anhänger hat. Bisherige Recherchen hatten gezeigt, dass es in fast allen Bundesländern Moscheegemeinden mit Bezügen in das legalistische islamismus-Milieu gibt.

Internetvideo:

"Der Islam braucht keine Veränderung. Sondern vielmehr muss der Islam so umgesetzt werden, wie er tatsächlich ist."

(Quelle:

[https://www.youtube.com/watch?v=50FbmvUmT8o&t=151s\)](https://www.youtube.com/watch?v=50FbmvUmT8o&t=151s)

Sprecher:

Eine klar formulierte Botschaft - wir finden sie auf dem Youtube-Kanal einer weiteren Gruppe. Sie nennt sich „Realität Islam“ und ist im Rhein-Main-Gebiet ansässig. Ihr Spielfeld: Vor allem das Internet. Mehr als 35.000 Nutzer haben die Facebook-Seite von „Realität Islam“ gelikt. Mit deutlichen Worten wendet sich „Realität Islam“ in Videobotschaften an sein Publikum.

Internetvideo:

„Wir halten am Islam fest, und wir sprechen das aus, was Allah von uns verlangt hat. Komme, was kommen mag.“

(Quelle:

[https://www.youtube.com/watch?v=50FbmvUmT8o&t=151s\)](https://www.youtube.com/watch?v=50FbmvUmT8o&t=151s)

„Geehrte Geschwister, es gehört zum Überzeugungsfundament eines jeden Muslims, dass es keine andere Wahrheit gibt, außer den einen, einzigen Islam.“

(Quelle:

Realität Islam - Distanzieren sie sich von den Anschlägen? - Das richtige Argument

[https:](https://www.youtube.com/watch?v=DHPjYnDmvFA&feature=youtu.be)

[//www.youtube.com/watch?v=DHPjYnDmvFA&feature=youtu.be\)](https://www.youtube.com/watch?v=DHPjYnDmvFA&feature=youtu.be)

Sprecher:

Ein bedingungsloses Festhalten an den religiösen Regeln und Ursprüngen des Islams also. Positionen, die zwangsläufig mit den Ideen einer pluralistischen, offenen Gesellschaft zusammenprallen.

Als in Nordrhein-Westfalen nur darüber nachgedacht wurde, ob es sinnvoll ist, dass schon junge Schülerinnen das Kopftuch tragen, initiierte „Realität Islam“ eine bundesweite Online-Petition gegen ein Kopftuchverbot, die mehr als 160.000 Menschen unterschrieben. Auf ihrem Youtube-Kanal wirbt die Gruppe mit drastischen Worten für eine Kopftuchpflicht.

Internetvideo:

„Das Kopftuch der muslimischen Frau ist kein Stück Stoff. Es ist ein Befehl von Allah.“

„Quelle:

Realität Islam - Unser Verhalten gegenüber den Nichtmuslimen

[https:](https://www.youtube.com/watch?v=GiCf9fFABpg)

[//www.youtube.com/watch?v=GiCf9fFABpg](https://www.youtube.com/watch?v=GiCf9fFABpg)

Sprecher:

Übergriffe auf Muslime, die zweifellos stattfinden, werden als Teil einer politischen Agenda gegen den Islam dargestellt. Islamkritiker werden als Islamophob bezeichnet.

Auch Ethnologin Susanne Schröter hat mit „Realität Islam“ ihre Erfahrungen gemacht. Sie wurde von der Gruppe schon als „Rassenforscherin“ bezeichnet.

O-Ton Prof. Susanne Schröter, Ethnologin, Universität Frankfurt:

„Naja, ehrlich gesagt, kann ich auch nur darüber lachen. Das ist so was von absurd. Der Begriff der Rasse taucht in meinem Vokabular überhaupt nicht auf.“

Sprecher:

Das Programm der Macher von „Realität Islam“, so Schröter, sei eindeutig islamistisch.

O-Ton Prof. Susanne Schröter, Ethnologin, Universität Frankfurt:

„Integration ist für sie Wertediktatur. Sie operieren mit dem Oppositionsgeist von jungen Menschen, die sagen, Ungerechtigkeit gehen wir an, und wir setzen da was ganz anderes gegen, eine Utopie. Und das ist jetzt sozusagen islamisch gewendet. Die islamische Fundamentalopposition vertreten sie. Und dass jetzt gerade mit jungen muslimischen High Potentials, um das mal so zu sagen, die komplett gegen die Gesellschaft indoktriniert werden und denen man sagt, das einzige, was jetzt wirklich Bestand hat, ist eine islamische Ordnung hier aufzubauen, zumindest islamische Parallelstrukturen.“

Sprecher:

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen spricht in seinem aktuellen Jahresbericht davon, durch die Verbreitung des Narrativs einer permanenten Bedrohung und Diskriminierung von Muslimen erleichtere „Realität Islam“ den – Zitat - „Einstieg in einen religiös begründeten Extremismus“. Es bestehe eine „ideologische Nähe“ zu der 2003 in Deutschland verbotenen Gruppierung: der „Hizb-ut-Tahrir“, der Befreiungspartei. Diese propagierte seinerzeit den Aufbau eines Kalifatsstaats.

Schwere Vorwürfe, über die wir mit Vertretern von „Realität Islam“ sprechen wollen. Doch ein Interview knüpfen sie an die Bedingung, die sie betreffenden Passagen in unserem Beitrag vor Ausstrahlung überprüfen zu wollen. Eine Forderung, auf die wir

nicht eingehen. Wir stellen unsere Fragen stattdessen schriftlich – bekommen jedoch keine Antwort.

Wie gefährlich sind nun solche Gruppen, die zwar radikal islamische Positionen beziehen – aber erklärtermaßen auf Gewalt verzichten und ihre Ziele auf legalem Weg erreichen wollen? Um dies einschätzen zu können, stellt sich die Frage: Auf welche Resonanz stoßen sie?

Kommen Botschaften wie die der Furkan-Gemeinschaft oder „Realität Islam“ an - im Alltag von Muslimen?

Mainz, an einer vielbefahrenen Straße: Hier sind gleich zwei Moscheen, jeweils nur einen Steinwurf voneinander entfernt - eine arabische und eine türkisch-nationalistische. Unsere Nachfragen am Rande der Freitagsgebete sind hier nicht bei allen willkommen.

Atmo:

„Sie belästigen die Leute. Dürfte ich Sie bitten einfach...“

Einige Muslime sprechen dann doch mit uns. Über eine stärkere politische Rolle des Islams.

O-Ton:

„Da sind die Meinungen natürlich getrennt. Ich bin dagegen, aber ich weiß, dass viele im Umkreis dafür sind. Ich bin für die Säkularisierung. Ich bin Laizist und ich habe nichts dafür übrig, dass irgendeine Religion für einen politischen Zweck missbraucht wird, aber das sind halt die Realitäten der Welt.“

„Ich glaube, kein vernünftig denkender Mensch hat daran Interesse, die Staatsform zu verändern oder anderen Menschen seine Ideologie aufzuzwängen. Wir genießen hier alle so ein bißchen die Diversität. Das macht Deutschland auch so schön. Das genieße ich persönlich und jeder, der hier beten war.“

Sprecher:

Stimmen, die wir hier oft hören. Zustimmung finden allerdings auch die Internetaktivisten von „Realität Islam“.

O-Ton:

„Ich finde die gut. Die setzen sich im Islam für die Muslime ein, für die Rechte der Muslime ein, und das sind diejenigen, die aktiv sind, sage ich mal. Und das machen, wovon die Moscheen Angst haben, dass die geschlossen werden. Und das trauen die sich eben.“

Sprecher:

Ein anderer sieht die Rolle der in Deutschland lebenden Muslime so:

O-Ton:

„Solange wir hier in Frieden leben, haben wir auch einen Friedensvertrag. Das heißt, wir haben gar kein Bestreben danach, irgendetwas ändern zu wollen, solange die Religionsfreiheit gewährleistet ist, wie das aktuell in Deutschland ist. Deswegen gibt es auch keinen Anlass, etwas an der politischen Situation ändern zu müssen.“

Sprecher:

Friedensvertrag? Könnte es auch so etwas wie Krieg geben zwischen Muslimen und der deutschen Mehrheitsgesellschaft? Die Aussage klingt für uns zunächst verstörend. Doch Matthias Rohe von der Uni Erlangen-Nürnberg kennt solche Sätze.

O-Ton Prof. Matthias Rohe, Islam- und Rechtswissenschaftler, Uni Erlangen-Nürnberg:

„Das ist nicht extremistisch, sondern das ist eine 1000 Jahre alte Lehre des islamischen Rechts, die sich mit der Frage befasst hat: Können eigentlich Muslime auch außerhalb der islamisch beherrschten Welt leben, friedlich leben? Insofern ist es keineswegs eine extremistische Ideologie, sondern ganz im Gegenteil ein ganz wichtiger Schritt in Richtung Verständigung.“

Sprecher:

Basiert beim Thema „politischer Islam“ Vieles womöglich auf Missverständnissen? Unterstellen wir muslimischen Gruppierungen gar aus Unkenntnis unlautere Ziele?

Besonders schwierig ist dies bei der Frage, ob Gruppen zur so genannten Muslimbruderschaft gehören.

Gegründet 1928 in Ägypten, war die Muslimbruderschaft eine Antwort auf die vermeintliche Übermacht des Westens, deren kolonialistischer Bestrebungen und weltlicher Wertevorstellungen. Vom Gründervater, dem Lehrer Hassan al-Banna, stammt der Satz:

Zitator:

„Der Islam ist Glaubensbekenntnis und Gottesdienst, Land und Nationalität, Religion und Regierung, Handeln und Spiritualität, Koran wie auch Schwert.“

Die Lehren des Islams sollten also Politik und Gesellschaft vollständig durchdringen. Die Muslimbruderschaft gilt deshalb als Kern der islamistischen Bewegung. In Ägypten ist sie seit 2013 als Terrororganisation eingestuft. Doch in Europa hat sie sich längst ausgebreitet, auch in Deutschland. Davon jedenfalls sind deutsche Verfassungsschützer überzeugt.

Beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz zeigt uns Burkhard Freier ein Blatt Papier, das die Strukturen dieser Bewegung in Deutschland und Europa zeigen soll. Besser gesagt, ein großes Faltblatt von mehr als einem Quadratmeter.

O-Ton Burkhard Freier, Leiter Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen:

„Wenn man sich die europaweiten Strukturen der Muslimbrüder anschaut, dann ist eine durchdachte und auch sehr stringente Struktur sichtbar. Auch wenn

es nicht um große Zahlen geht: Sie sind sehr gut organisiert, sie verfügen auch über Geld und Bildung.“

Sprecher:

Bundesweit zählt der Verfassungsschutz mehr als 1.000 Anhänger der Muslimbruderschaft - die Tendenz sei steigend. Mehr als 100 Organisationen und Moscheen gehörten zu deren Netzwerk.

Zu ihren Strukturen gehören sogenannte Usra-Zellen. „Usra“ ist das arabische Wort für Familie. Von diesen Familien ausgehend, so die Vorstellung der Muslimbrüder, soll die islamische Gesellschaft und eine islamische Regierung geschaffen werden. Verfassungsschützer sagen, in Usra-Zellen in Deutschland würden Mitglieder „im Verborgenen geschult“ und die Ideologie der Muslimbrüder verbreitet. Eine Aufnahme in eine solche Zelle sei erst nach einer mehrjährigen Bewährungszeit möglich.

Doch wer sind die Muslimbrüder in Deutschland?

Eine Organisation, die Verfassungsschützer als wichtige Anlaufstelle sehen, ist die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ - kurz DMG.

Die Vorgängerorganisation der DMG entstammt einer Moschee in München, die bereits seit den 1950er Jahren unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft stand.

Burkhard Freier vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ist davon überzeugt, dass die DMG auch heute noch im Sinne der Muslimbruderschaft agiert.

O-Ton Burkhard Freier, Leiter Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen:

„Nach unseren Erkenntnissen wird eine Ideologie verfolgt, die mit den Grundwerten unserer Verfassung nicht übereinstimmt, nämlich keine Volkssouveränität, Gott als Herrscher und eben nicht die Menschen als Souverän für das Entwickeln und Schaffen von Gesetzen und auch Regeln, die quasi noch aus traditionellen Zeiten der Muslime kommen, des Islams kommen, also zum Beispiel Erbrechtsfragen, die Fragen von Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Alles ist nicht nur traditionell, es ist auch mit unseren Werten nicht vereinbar. Und deswegen ordnen wir auch die Ideologie der Deutschen muslimischen Gemeinschaft der Muslimbruderschaft zu. Und das ist verfassungsfeindlich.“

Sprecher:

Ein starker Vorwurf. Doch Details geben die Verfassungsschützer nicht preis.

Wir schauen uns die DMG genauer an. Auf Internetseiten der DMG finden wir Grüße zum Ramadan, religiöse Ermutigungen und Aufrufe zum Kampf gegen Rassismus. Nach außen gibt sich die DMG wie eine muslimische Vorzeige-Organisation.

Wir bitten um ein Interview. Doch das lehnt die DMG ab. Aus - Zitat - „unterschiedlichen Gegebenheiten.“ Ein Pressesprecher beantwortet unsere Fragen per E-Mail. Er räumt ein, dass ihre Vorgängerorganisation eine Nähe zur

Muslimbruderschaft gehabt habe. Doch heute habe man damit nichts mehr zu tun.
Zitat:

Zitator:

„Die DMG ist ein originärer Teil der deutschen muslimischen Religionsgemeinschaft, die Menschen zu Gottesbewusstsein, Freiheit und Gerechtigkeit aufruft und sie dazu motivieren möchte, sich für das Wohl unserer Gesellschaft einzusetzen. Sie ist ausdrücklich kein Teil der Muslimbruderschaft und weist jeden Versuch einer Zuordnung zu dieser Organisation zurück.“

Doch so einfach scheint es nicht zu sein. Unsere Recherchen weisen auf Bezüge zur Muslimbruderschaft hin.

Ein Beispiel:

Die DMG ist noch heute eng mit dem „Islamischen Zentrum München“ verbunden, ist dort für die Pressearbeit verantwortlich. Also für jenes Zentrum, das während seiner Gründung in den 50er Jahren unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft stand.

Einige Vertreter des „Islamischen Zentrums“ haben in den vergangenen Jahren auf Facebook ganz offen Symbole der Muslimbruderschaft veröffentlicht. Sayyid Qutb, ein Hardliner der Bewegung, wurde zu seinem 50. Todestag mit einem Facebook-Post geehrt.

"Die Idee stirbt nicht. 50 Jahre nach dem Tod ist sie immer noch lebendig in den Herzen von Millionen."

O-Ton Prof. Matthias Rohe, Islam- und Rechtswissenschaftler, Uni Erlangen-Nürnberg:

„Wer an den Todestag von Sayyid Qutb erinnert, der gibt schon ein deutliches Statement ab. Sayyid Qutb ist ein Extremist gewesen, der auch Gewalt propagiert hat. Er wurde misshandelt. Er wurde in einem absolut nicht rechtsstaatskompatiblen Verfahren zum Tode verurteilt. Dennoch muss man sagen: Seine Ideologie ist aus Sicht eines demokratischen Rechtsstaats katastrophal.“

Sprecher:

...meint Matthias Rohe von der Uni Erlangen-Nürnberg.

Die DMG sagt dazu, sie lehne antidemokratische Äußerungen Sayyid Qutbs ab. Kurz nach unserer Anfrage im vergangenen Jahr löscht der Vertreter des Islamischen Zentrums den Facebook-Post.

Und die DMG selbst? Unseren Recherchen zufolge wurde vor einigen Jahren ein Vertreter des DMG-Vorgängervereins nach dessen Tod von der palästinensischen HAMAS geehrt. Also von einer Organisation, die als Ableger der Muslimbruderschaft gilt und als Terrororganisation eingestuft ist. Die DMG sagt dazu, der Mann habe lange Zeit keinerlei Funktion inne gehabt, sei allerdings ein geachtetes Mitglied in ihrer Gemeinschaft gewesen.

Uns fällt noch etwas auf: Der aktuelle DMG-Vereinsvorsitzende hat noch im Januar 2020 an der Konferenz einer vom Verfassungsschutz als muslimbrudernah eingestuften Organisation in Istanbul teilgenommen. Doch auch hier sagt die DMG, mit der Muslimbruderschaft habe dies nichts zu tun.

Und die Existenz von Usra-Zellen? Die DMG räumt ein, dass es in ihren Reihen Studienzirkel gibt, in denen sich Mitglieder unter Anleitung von Betreuerinnen und Betreuern mit dem Koran befassen und sich austauschen. Diese Methodik werde im arabischsprachigen Raum auch „Usra“ genannt und sei vergleichbar mit Bibelzirkeln in Kirchengemeinden. Keinesfalls seien es Zellen. Paramilitärische Assoziationen lehne man ab, heißt es in der Stellungnahme.

Jeglichen Verdacht einer Nähe zur Muslimbruderschaft, weist die DMG also weit von sich. Inzwischen geht sie gegen die Bundesregierung vor und will erreichen, dass ihr Name nicht mehr in den jährlichen Verfassungsschutzberichten erwähnt wird.

Hätte sie damit Erfolg, wäre das für Forscherinnen wie Susanne Schröter ein herber Rückschlag in ihrem Kampf gegen den politischen Islam.

O-Ton Prof. Susanne Schröter, Ethnologin, Universität Frankfurt:

„Man leugnet immer, dass es das überhaupt gibt, dieses Netzwerk der Muslimbruderschaft. Sobald man jemanden quasi öffentlich auch diesem Netzwerk zuordnet, kann es passieren, dass man mit einer Klage rechnen muss. Und selbst wenn man eine Klage gewinnt, kostet das viel Geld. Also dieser Dschihad im Gerichtssaal. Der ist ein spezielles Thema, das auch interessant ist und das genutzt wird von Vertretern des politischen Islam. Um Kritikern das Leben schwer zu machen.“

Sprecher:

Der Umgang mit der Muslimbruderschaft – ein schwieriges Unterfangen also. Zumal sich kein Akteur offen zu ihr bekennt. Noch schwieriger scheint es, ihren Einfluss auf die Gesellschaft zu erfassen.

Organisationen, die laut Behörden der Muslimbruderschaft nahestehen, geben so genannte Fatwas heraus. Also islamische Rechtsgutachten, die Regeln für Muslime in westlichen Ländern festlegen. Dazu gehört das „European Council for Fatwa and Research“ in Dublin. Zu ihm pflegen auch Akteure aus Deutschland Kontakte. Der Rat schreibt zum Beispiel:

Zitator:

„Wir beobachten leider, dass einige unachtsame Muslime Weihnachten feiern. Das gehört zu dem, was nicht erlaubt ist.“

In einer Kleinstadt in Süddeutschland treffen wir eine junge Muslima, die solche Aussagen kennt und in ihrem Alltag damit konfrontiert ist. Sie möchte, dass wir ihren Namen nicht nennen.

Sie selbst trägt kein Kopftuch und erzählt von Konflikten mit muslimischen Mitschülern und Bekannten. In ihrer Umgebung beobachtet sie ein aus ihrer Sicht fast schon sektiererisches Verhalten. Einmal besuchte sie einen Mitschüler. Die junge Frau, der Mitschüler und dessen Vater saßen gemeinsam am Tisch.

O-Ton Schülerin:

„Das war so:

Wir haben gegessen, dann hat der Sohn sich über die Schule beschwert. Und dass die halt auch Weihnachten feiern und Ostern und solche Sachen. Dann hat der Vater gesagt: Dann sagt doch einfach deine Meinung, dass es dir nicht passt. Und bin danach auch nie wieder zu denen gegangen, weils einfach nicht meiner Meinung entspricht. Und ich kann bei so etwas nicht leise sein."

O-Ton Schülerin:

„Ich verstehe nicht, wer ihnen das Recht gibt uns unachtsame Muslime zu nennen. Weil das Erste, was im Koran auch ganz oben ist, ist für mich ein guter Mensch sein. Man ist kein guter Mensch, wenn man über andere urteilt. Das, was die machen ist für mich unachtsam. Die respektieren niemanden. Die haben nur die Pferde-Klappe in ihren Augen und schauen nur in eine Richtung. Solche Seiten sollten echt gesperrt werden. Es gibt Kinder, die so etwas lesen. Die verpassen einfach Menschen eine Gehirnwäsche."

Sprecher:

Die Ethnologin Susanne Schröter kennt ähnliche Schilderungen und führt diese direkt auf das Agieren von Gruppierungen aus dem Spektrum des legalistischen Islamismus zurück.

Was also dagegen tun? Susanne Schröter plädiert dafür, Akteuren und Vereinen klare rote Linien zu zeigen. Bisher sei der Dialog von gesellschaftlichen Gruppen, etwa den Kirchen, zu vorsichtig geführt worden.

O-Ton Prof. Susanne Schröter, Ethnologin, Universität Frankfurt:

„Dialog bedeutet nicht, zusammen zu sitzen und Tee zu trinken und jedes heikle Thema zu umschiffen oder nur die Agenda des einen Dialogpartners abzuarbeiten. Man sollte muslimische Extremisten nicht zu Vertretungsorganen der Muslime in Deutschland überhöhen, denn das haben die Muslime in Deutschland nicht verdient."

O-Ton Prof. Matthias Rohe, Islam- und Rechtswissenschaftler, Uni Erlangen-Nürnberg:

„Diese Sätze 'statt Teetrinken endlich mal Tacheles reden'. Das geschieht doch längst."

Sprecher:

...entgegnet Islamwissenschaftler Matthias Rohe von der Uni Erlangen-Nürnberg.

O-Ton Prof. Matthias Rohe, Islam- und Rechtswissenschaftler, Uni Erlangen-Nürnberg:

„Ich weiß, dass das Politik oder Verwaltungen immer mal wieder vorgeworfen wird, nach dem Motto: Ihr hofiert bestimmte Richtungen, ihr unterstützt die falschen. Das ist dann oft eine, so darf ich sagen, sehr schlichte, unkomplexe Kritik, die unsere rechtsstaatlichen Grundsätze missachtet. Nicht jede Haltung zu bestimmten gesellschaftlichen Fragen, die vielleicht einen Mainstream missfällt und aus guten Gründen missfällt, kann man zugleich verbieten.“

Sprecher:

Rohe wirbt für mehr Sachlichkeit in der Debatte. Die große Mehrheit der Muslime stehe zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und lehne einen politischen Herrschaftsanspruch des Islams ab. So sehr auch er die Problematik islamistischer Gruppierungen in Deutschland sieht, so warnt er dennoch vor Verallgemeinerung.

O-Ton Prof. Matthias Rohe, Islam- und Rechtswissenschaftler, Uni Erlangen-Nürnberg:

„Wenn beispielsweise schon die Verwendung des Wortes Scharia, die islamische Normenlehre, als Verdachtsfall gilt, dann ist das weit übers Ziel hinausgeschossen. Denn Scharia kann auch heißen Beten, Fasten, also schlicht und ergreifend Gebrauch machen von der Religionsfreiheit. Ich muss die Leute also immer fragen, was meint Ihr genau?“

Fest steht:

Die legalistischen Islamisten halten sich in der Regel an die Gesetze, die in Deutschland gelten. Deren Vereine zu verbieten, ist kaum möglich. Doch auch wenn sie gewaltfrei bleiben und sich in den Grenzen des Erlaubten bewegen, können sie, etwa über Soziale Medien manche, vor allem junge Muslime beeinflussen. Und laut Verfassungsschutz wächst die Zahl ihrer Anhänger.

Sicherheitsbehörden, Politik und Gesellschaft müssen Propaganda und Agitation derjenigen aufmerksam verfolgen, die allein die Regeln der Religion zur Maxime ihres Handelns machen. Deren Gedankengut verstößt gegen die Grundwerte unseres Zusammenlebens. Gegen das friedliche Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland.

* * * * *